

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OBERBERG
KÖLNER STR. 296, 51645 GUMMERSBACH

An den Landrat
Herr Jochen Hagt
Moltkestr. 42

51641 Gummersbach

Antrag zum Finanzausschuss und Kreistag:
Die Krise solidarisch bewältigen!

**GRÜNE FRAKTION IM KREISTAG
Fraktionsbüro**

Kölner Str.296
51645 Gummersbach
Tel. (0 22 61) 2 45 40
Fax (0 22 61) 2 86 95

www.gruene-oberberg.de

Bürozeiten:

Mo bis Fr 10 bis 16 Uhr

Seb Schäfer, Fraktionsbüro

kreistagsfraktion@gruene-oberberg.de

Andrea Saynisch

Fraktionssprecherin

Tel. 0160 93951411

andrea.saynisch@gruene-oberberg.de

Marie Brück

Fraktionssprecherin

Tel. 0151 17243593

marie.brueck@gruene-oberberg.de

Bus: Linie 301 (Niederseßmar/Post)

Linie 304/ 310 (Ahlefelder Straße)

Gummersbach, 12.3.2021

Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag zum Haushalt 2021/2022:

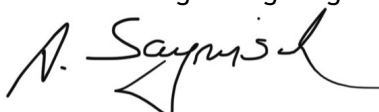
Im Haushalt ist

1. die Ausgleichsrücklage von 12.042 T€ (testiert zum 31.12.20219) in 2021/22 für den Haushaltsausgleich einzusetzen.
2. der Kreisumlagesatz wie bisher geplant beizubehalten. Er soll 37,2537 % für 2021 und 36,0338 % in 2022 betragen.
3. der Einnahmeausfall durch ausgesetzte Elternbeiträge für Kitas, Offene Ganztagschulen und Kindertagespflegen nach NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz zu separieren.

Begründung:

Die im Entwurf des Kreishaushalts vorgesehene Steigerung der Kreisumlage stellt eine Abkehr von der in der Planung für die Jahre 2021 und 2022 angekündigten Senkung der Kreisumlage dar. Diese Senkung ist mit den Kommunen in den vergangenen Jahren in schwierigen Verhandlungen vereinbart worden und sollte im Sinne der Verlässlichkeit auch eingehalten werden. Die Liquidität des Kreises ist in keiner Weise gefährdet, die allgemeine Rücklage üppig und die Ausgleichsrücklage vergleichsweise gut gefüllt. Sie ist in Krisensituationen vorgesehen zur Stabilisierung und Deckung von Mindereinnahmen oder unvorhergesehenen Ausgabensteigerungen und sollte auch so verwendet werden. Der Kreis trägt damit direkt zur Entlastung der von der Pandemie finanziell am stärksten betroffenen unteren Ebene und damit auch zur Entlastung der Bürger bei.

Die von der Landesregierung eingeräumten Bilanzierungshilfen sind bestmöglich zu nutzen.



Andrea Saynisch



Marie Brück